



Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

91 | 15.09.2023

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem Wohnkonzept 2035 hat die Verwaltung einen Plan vorgelegt, wie innerhalb der nächsten zwölf Jahre Hannovers Wohnungsmarkt entlasten werden soll. Es schließt an das Wohnkonzept 2025 an, das wir vor zehn Jahren beschlossen hatten. Mittels des alten und des neuen Wohnkonzeptes dürfte unser Ziel zu erreichen sein, bis 2026 10.000 neue Wohnungen in unserer Stadt zu schaffen.

Eine interessante Lektüre wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Wohnkonzept 2035: 16.000 neue Wohnungen

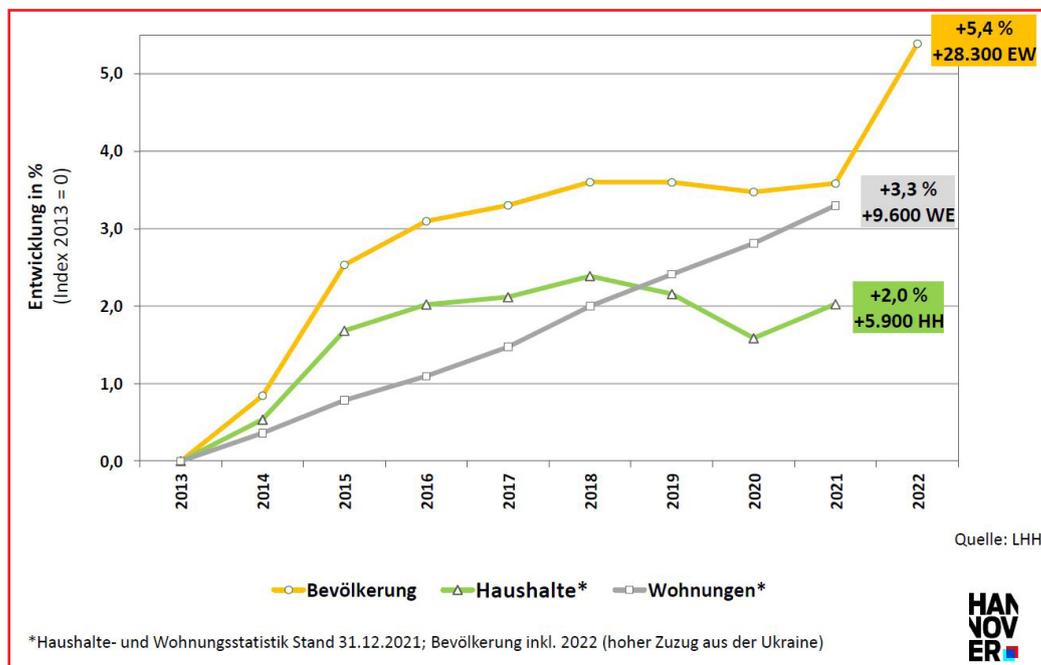
Antizyklisch war der Auftrag, den wir 2010 in einer Zeit stellten, als die Bevölkerungszahl unserer Stadt zurückging: ein Wohnkonzept für die Jahre bis 2025 aufzulegen, das vor zehn Jahren auch beschlossen wurde. Dieses „[Wohnkonzept 2025](#)“ sah 12.300 neue Wohnung vor, und dieses Ziel wird in zwei Jahren tatsächlich mit 15.900 Wohneinheiten deutlich übertroffen werden. 150 Projekte werden dann über das gesamte Stadtgebiet verteilt realisiert worden sein; derzeit befinden sich noch 7.300 Wohneinheiten im Bau.

Eine Stadt für alle.

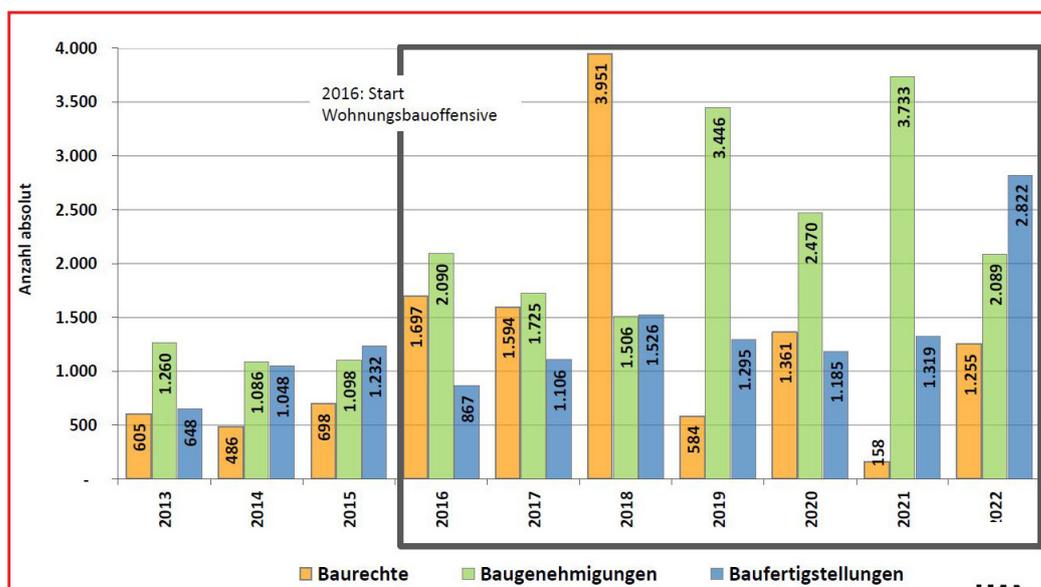


Während andernorts der Wohnungsbau stagniert, ist Hannovers Wohnkonzept 2025 somit ein voller Erfolg geworden. Sank zur Zeit unseres Ratsauftrages die Bevölkerungszahl unserer Stadt noch, so begann sie bald darauf wieder zu wachsen. Gleichwohl konnte dank des Wohnkonzeptes 2025 trotz der jüngsten Krisen (der Schwäche der Baukonjunktur während der Corona-Pandemie sowie der angespannten Lage und steigenden Preise im Baugewerbe in Folge des Ukrainekrieges) schließlich der Anstieg der Mieten in einigen Segmenten gestoppt werden. Ohne dieses Konzept und die flankierende Wohnraumförderung befände sich Hannovers angespannter Wohnungsmarkt in einer deutlich schwierigeren Lage.

Der anhaltende Bevölkerungszuwachs, gewandelte Wohnbedarfe etwa durch unsere alternde Bevölkerung und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels erfordern nun die Fortschreibung des Wohnkonzeptes bis 2035. Dieses „[Wohnkonzept 2035](#)“ hat unser Stadtbaurat Thomas Vielhaber vor zehn Tagen im Bauausschuss vorgestellt – kurz vor dem Tag der Wohnungslosen, der am vergangenen Montag auch in Hannover begangen worden ist; dort erklärte die Verwaltung, entsprechend den Vorgaben der Europäischen Union bis 2030 die Wohnungslosigkeit in Hannover abschaffen zu wollen.



Angebots- und Nachfragesituation auf Hannovers Wohnungsmarkt. (EW = Einwohner*innen; WE = Wohneinheiten; HH = Haushalte). © LHH



Baurechte, Baugenehmigungen und Baufertigstellungen (einschließlich neuer Wohnungen in bestehenden Gebäuden und Wohnheimen). © LHH; Quelle: Landesamt für Statistik, LHH.

Baufertigstellungen nach Segmenten.
© LHH; Quelle: Landesamt
für Statistik.

Das Wohnkonzept 2035 geht nun von einem Bedarf von weiteren 16.800 Wohnungen aus. Das entspricht 1.300 neuen Wohnungen jährlich, und damit ein wenig mehr als jene 1.200 Wohnungen, die in unserer Stadt in den letzten Jahren durchschnittlich geschaffen wurden. Der größte Teil davon wird im niedrigen und mittleren Preissegment sowie familien- und altersgerecht zu schaffen sein. Wird ein Teil dessen im vorhandenen Flächenbestand entwickelt werden können, so werden für zwei Drittel neue Flächen ausgewiesen werden müssen. Das Flächenpotenzial dafür wäre in unserer Stadt grundsätzlich vorhanden.



Um die Ziele des Konzeptes zu erreichen, soll die Wohnraumförderung fortgesetzt werden, wofür bis 2026 fast 70 Millionen Euro bereitgestellt werden müssten. Ebenfalls fortgeführt werden soll die [Hannoversche Wohnungsbaupolitik](#), das lokale Bündnis für Wohnen, über 2023 hinaus. Auch der [Hannoversche Weg zur sozialgerechten Bodennutzung](#), der die Investoren an der Schaffung der sozialen Infrastruktur bei größeren Wohnungsbauvorhaben beteiligt, soll weiterhin besprochen werden. Unverzichtbar ist die städtische Wohnungsbautochter [hanova](#) bei der Schaffung neuen und bei der Sanierung bestehenden Wohnraums. Neu eingeführt werden soll ein zentrales Flächenmanagement, das die unterschiedlichen Bedarfe an Wohnbau-, Gewerbe- und Freiflächen prüft und abwägt. Auch will die Landeshauptstadt in eine aktive Bodenpolitik einsteigen, für die wir bereits ein Gutachten in [Auftrag](#) gegeben haben. Durch das Baulandmobilisierungsgesetz hat die Stadt vor anderthalb Jahren ein weiteres Instrument an die Hand bekommen, das unter anderem bei der Nachverdichtung im innerstädtischen Bereich zur Umsetzung des neuen Wohnkonzeptes genutzt werden soll. Als weiteres Instrument zur Steuerung der Wohnraumversorgung befindet sich eine Zweckentfremdungssatzung in Vorbereitung, die wir ebenfalls in [Auftrag](#) gegeben hatten. Genutzt werden sollen auch Bundesmittel aus dem Programm „Sozialer Zusammenhalt“ (vormals „Soziale Stadt“). Eher kleinteilige Instrumente stellen die Ergänzung, Aufstockung und der Dachgeschossausbau vorhandener Wohnbaubestände dar, ebenso die Umwandlung anderweitig genutzter Flächen (wie leerstehender Bürogebäude) in Wohnraum.

Die meisten dieser Instrumente finden sich bereits in unserem Konzept „[Hannover Housing](#)“, das wir gemeinsam mit dem SPD-Stadtverband vor zwei Jahren entwickelt hatten. Das Ziel dieses Leitbildes, bis 2026 10.000 neue Wohnungen in unserer Stadt zu schaffen, dürfte nunmehr zu erreichen sein.

Anhebung der Grundsteuer

Als neue Einnahmequelle hatten wir im Rat bereits vor der Sommerpause im Rahmen des aktuellen Haushaltssicherungskonzeptes ([HSK XI](#)) die Einführung einer [Beherbergungssteuer](#), der sogenannten „Bettensteuer“, beschlossen, die ab Anfang des kommenden Jahres für die meisten entgeltlichen Übernachtungen in unserer Stadt erhoben werden und zusätzliche Einnahmen von bis zu zehn Millionen Euro bringen soll.

Zur Steigerung der Einnahmen wird nun auch den Hebesatz für die Grundsteuer B angehoben, von 600 auf 700 Punkte, was Mehreinnahmen von ca. 25 Millionen Euro bringen soll. Diese Maßnahme hatten wir im vergangenen Jahr sehr kontrovers diskutiert. Letztlich haben wir der [Grundsteueranhebung](#) zugestimmt, da wir die Alternative – die Anhebung der Gewerbesteuer – als weniger vertretbar empfanden: Nachdem die Wirtschaft sich gerade von den Folgen der Corona-Pandemie zu erholen begann und damit auch wieder steigende Gewerbesteuereinnahmen für unsere Stadt zu erwarten waren, geriet sie erneut in schwere See – bedingt durch die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und die damit einhergehenden Preissteigerungen, voran bei den Energiekosten. Vor diesem Hintergrund hätte eine Anhebung der wichtigsten Steuer für Hannover kontraproduktiv gewirkt. Auch Abwanderungsgedanken sollte bewusst kein Ansatzpunkt gegeben werden, zumal ein Großteil der Gewerbesteuer in unserer Stadt von Unternehmen gezahlt wird, die nicht zum produzierenden Gewerbe gehören und somit eine Verlegung des Betriebssitzes relativ einfach und kurzfristig möglich. Insoweit wären Mehreinnahmen durch eine höhere Gewerbesteuer vielleicht kurzfristig möglich, mittel- oder langfristig könnte sich dies aber dauerhaft ins Gegenteil umkehren.

Gegen eine Anhebung der Grundsteuer sprach vor allem der Umstand, dass sie als Nebenkosten unter bestimmten Voraussetzungen auch an die Mieter*innen – gegebenenfalls anteilig – weitergereicht werden können. Eine höhere Grundsteuer belastet also auch Haushalte mit niedrigen Einkommen. Gleichwohl erschien uns diese Maßnahme auch insofern vertretbar, als Mieten einer Wohnung durchschnittlicher Größe in der Regel um 40 bis 60 Euro pro Jahr steigen, die Mieterhöhungen aber erfahrungsgemäß darunter liegen dürften. Zudem wird die Grundsteuer in Hannover erstmals nach zwölf Jahren angehoben. Die Erhöhung um rund 17 Prozent mag auf den ersten Blick hoch erscheinen, umgerechnet auf die Jahre seit der letzten Anpassung verbleibt allerdings nur eine jährliche Erhöhung von knapp 1,42 Prozent. Sie liegt also noch unterhalb der durchschnittlichen Inflationsrate, der selbstverständlich auch die Finanzen des städtischen Haushalts unterliegen.

Die letzte [Erhöhung der Gewerbesteuer](#) hingegen liegt erst sieben Jahre zurück (erwartet worden waren damals – im Rahmen des [HSK IX](#) – Mehreinnahmen von 24 Millionen Euro, die aber bereits im ersten Jahr um mehr als das Doppelte übertroffen wurden). Im Vergleich unter den 17 größten deutschen Städten liegt Hannover bei der Höhe der Grundsteuer derzeit auf dem zehnten Platz, was sich nun ändern wird; allerdings ist aufgrund der allgemeinen prekären Finanzlage der Städte und Gemeinden zu erwarten, dass etliche Kommunen ihre Hebesätze anheben werden. In der Region Hannover haben allein seit 2020 15 von 21 Kommunen ihre Grundsteuer angehoben; Hannover vollzieht hier also einen regionalen Trend nach, dem auch die verbliebenen Regionskommunen bald folgen dürften.

Diesen Abwägungsprozess haben wir vorgestern bei der ersten Beratung der Grundsteueranhebung im Haushaltsausschuss dargelegt und dabei erneut unsere Forderung bekräftigt, dass Bund und Land für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sorgen müssen: Die gesetzlichen Aufgaben, die in den letzten Jahren Städten und Gemeinden übertragen worden sind, müssten auch vollständig fi-

nanziert werden. Das ist bislang bei Weitem nicht der Fall, und dadurch ist der finanzielle Spielraum auch unserer Stadt erheblich eingengt. – Der Rat wird die Änderung am 28. September beschließen.

Neuer Vertrag für das Sprengel Museum

Nach dreijährigen Verhandlungen haben die Stadt Hannover und das Niedersachsen Land sich vor zwei Wochen auf eine Neuorganisation des Vertrages über das [Sprengel Museum](#) geeinigt. Der bisherige Vertrag, der 1974 aufgesetzt und zuletzt 2010 aktualisiert wurde, sah eine paritätische Unterhaltung des Museums vor, wobei die Landeshauptstadt die Trägerschaft innehatte. Tatsächlich aber sorgten vereinzelte Passagen des Vertrages regelmäßig für Streit in der Auslegung. So wurden die tatsächlichen Ausgaben des Museums nur zu einem Drittel vom Land übernommen. Auch notwendige Investitionen wie der Brandschutzausbau waren regelmäßig Gegenstand von Auseinandersetzungen.

Der nun vorliegende Vierjahres-Vertrag regelt die gegenseitige Beziehung dahingehend, dass die Landeshauptstadt vom Land eine jährliche Zuwendung von 5,5 Millionen Euro erhält. Ein zusätzlicher Letter of Intent schreibt zudem fest, dass die Zahlungen mindestens in gleicher Höhe auch danach garantiert.

Kulturminister Falko Mohrs (SPD) sagt, es sei richtig, in ein Haus von internationaler Strahlkraft zu investieren, das große Bedeutung für das gesamte Land habe. Kulturdezernentin Konstanze Beckedorf betont, dass die Steuerung zukünftig autark bei der Landeshauptstadt liege und durch die Verschlinkung der Strukturen

Entscheidungen um Ausstellungen und Projekte beschleunigt würden. So gebe es Ideen, den Museumsshop attraktiver zu gestalten, auch sollen durch zusätzliche Veranstaltungen mehr Menschen ins Museum gelockt werden.

Unsere kulturpolitische Sprecherin Belgin Zaman begrüßt den Vertragsabschluss und das aktive Bekenntnis des Landes zum Sprengel Museum. Als Haus der modernen Künste mit enormer und überregionaler Strahlkraft bedürfe es einer dauerhaften Förderung seitens des Landes, auch über vier Jahre hinaus. Wichtig sei, dass sich dies im Marketing der Stadt stärker niederschläge. Ähnlich hatte bei ihrer Vorstellung unsere künftige Kulturdezernentin Eva Bender argumentiert.

Nach Abschluss der Sanierungen wird das Sprengel Museum mit einer Werkschau von Niki de Saint Phalle aufwarten. Im Weiteren sind Ausstellungen mit Werken von Pablo Picasso und Max Beckmann angedacht, die auch zahlreiche internationale Besucher anziehen dürften.



Eingang des Sprengel Museums mit der Skulptur „Twister“ von Alexander Calder.

„Phase Null“ für die zwölfte IGS abgeschlossen

2029 soll sie stehen: Hannovers zwölfte Integrierte Gesamtschule. Für den Neubau in Kleefeld war vor einem Dreivierteljahr auf unseren [Beschluss](#) hin ein Beteiligungsprojekt gestartet, in dem vorab (in „Phase Null“) Beteiligte ihre Vorstellungen zu dem Neubau einbringen konnten. Beschlossen worden waren der Neubau und der Standort der [12. IGS](#) vor zwei Jahren.

Vor neun Monaten war die „Phase Null“ für Hannovers diese Schule begonnen worden. In einem extern moderierten Prozess waren Beteiligte und Interessierte aus der Bildungspolitik, aus dem Bezirksrat, aus Lehrkräfte-, Eltern- und Schülervertretungen, Verwaltung sowie Vereinen und Institutionen aus Kleefeld zusammengeführt worden, um die jeweiligen Bedarfe, Wünsche und Anregungen für den Neubau der Integrierten Gesamtschule zu sammeln.

Am 6. September wurden nun die Ergebnisse der zahlreichen Workshops, Fachgespräche, Planungs- und Lenkungsgruppensitzungen, Ortstermine und Exkursionen den Beteiligten sowie dem Schul- und Bildungsausschuss vorgestellt. Die Ergebnisse eröffneten nun die „Chance die vertiefenden Bedarfe auch über die [künftige] Schulgemeinschaft hinaus zu denken“, wie die zuständige Planerin ausführte. Man habe in der „Phase Null“ gute Antworten gefunden auf die Fragen, „wie wir in Zukunft lernen wollen“ und was Schule und Quartier sich wechselseitig bieten könnten. Von Seiten der Schulbehörde hieß es, dass die Kleefelder IGS ein Aushängeschild für modernen Schulbau werden und zeigen könne, „wie baut man heute Schule“.



Die IGS soll sechszügig werden, wird aber keine Oberstufe anbieten können, weil nach übereinstimmender Meinung einerseits die Bedarfe und andererseits auch die Grundflächen dafür nicht vorhanden seien. Die Planungen sollen nun umgehend fortgesetzt und der Schulbau nach Möglichkeit zum Schuljahr 2028/2029, auf jeden Fall aber vor 2030 eingeweiht werden.

Blick auf das Gelände hinter der Grundschule am Nackenberg, auf dem die zwölfte IGS entstehen wird.

140 Jahre Schulbiologiezentrum

1883 wurde in Hannover ein botanischer Schulgarten gegründet, aus dem später das [Schulbiologiezentrum](#) hervorging. Heute im Stadtteil Burg gelegen, stellt es eine der ältesten Einrichtungen zur botanischen Schulbildung dar. Zum Schulbiologiezentrum gehören der Botanische Schulgarten und die Freiluftschule Burg, der Botanische Schulgarten Linden, das LifeScience Lab Hannover mit Standorten an vier Schulen in der Region Hannover und das Energie-LAB Hannover an der Leonore-Goldschmidt-Schule. Es bietet Kurse für Schulkinder und Fortbildungen für Lehrkräfte, Saatgut sowie Stauden für

Schulgärten an und verleiht verschiedenste Unterrichtsmaterialien, einschließlich lebender Tiere.

Am vergangenen Sonntag feierte das Schulbiologiezentrum sein 140-jähriges Bestehen. Sein Bestand scheint ebenso gesichert zu sein wie die Sanierung der Gewächshäuser. Beides stand vor einem Jahr vor dem Hintergrund des notwendigen Sparkurses unserer Stadt zur Debatte, war von uns aber mit einem [Änderungsantrag](#) zum HSK XI jedoch zugesichert worden.

Die Glückwünsche unserer Fraktion überbrachten unsere schulpolitische Sprecherin Claudia Bax, unser umweltpolitischer Sprecher Bala Ramani und unsere Vorsitzende des Schul- und Bildungsausschusses, Belgin Zaman.



Gratulierten dem Schulbiologiezentrum: Bala Ramani, unsere künftige Schuldezernentin Eva Bender, Belgin Zaman, Claudia Bax und CDU-Ratsherr Jens Capellmann (v.r.).

Weltfriedenstag – Antikriegstag

Am 1. September wird anlässlich des deutschen Angriffs auf Polen, mit dem 1939 der Zweite Weltkrieg begann, der Opfer von Krieg und Gewalt gedacht und zum Frieden gemahnt. Deshalb wird der Weltfriedenstag in unserer Stadt traditionell als Antikriegstag begangen. So auch in diesem Jahr.

An den Feierstunden in der Ruine der Aegidienkirche sowie anschließend auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee-Nordufer nahmen für unsere Fraktion unsere stellvertretenden Fraktionsvorsitzende Kerstin Klebe-Politze und unser Erster Bürgermeister Thomas Hermann teil. Der Toten gedachten ebenfalls unser Bundestagsabgeordneter Adis Ahmetovic und der Stellvertretende Vorsitzende unserer Landtagsfraktion Stefan Politze.



Bürgermeister Thomas Hermann, unser früherer Bezirksbürgermeister Lothar Pollähne, unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kerstin Klebe-Politze, Adis Ahmetovic MdB, Stefan Politze MdL und unser Ratsherr Bala Ramani in der ersten Reihe bei der Gedenkfeier auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee.

Strom und Wärme aus Müll: Besuch bei EEW – Energy from Waste

In der vorvergangenen Woche besuchte unsere Fraktion die [Müllverbrennungsanlage](#) in Lahe, die von EEW – Energy from Waste betrieben wird. EEW-Geschäftsführer Guido Lücker und Prokurist Rolf Kaufmann stellten die Anlage vor, die seit 2005 der Strom aus Abfällen erzeugt und seit zwei Jahren auch das Fernwärmenetz im Norden unserer Stadt bedient.

Aus 280.000 Tonnen Müll aus Haushalten und Betrieben werden hier jährlich 170.000 Megawattstunden Strom (was dem Bedarf von ungefähr 53.000 Haushalten entspricht) und 116.000 MWh Fernwärme erzeugt. Grundsätzlich, so Lücker und Kaufmann, sei der Wirkungsgrad von Müllverbrennungsanlagen relativ hoch, schwanke jedoch aufgrund des unterschiedlichen Energiegehalts der angelieferten Abfälle. Ergänzt wird die Anlage in Lahe zudem durch die Klärschlammverbrennungsanlage von enercity, die vor wenigen Monaten in unmittelbarer Nachbarschaft in Betrieb genommen worden ist.

EEW will die Müllverbrennungsanlage in den nächsten Jahren modernisieren, um bis 2030 unter anderem mittels einer Abscheidung von CO₂ aus den Abgasen tatsächlich klimaneutral zu werden. Darüber hinaus könne EEW sich vorstellen, so Lücker und Kaufmann, zusätzliche 40 MWh Fernwärme durch eine intensivere Abwärmennutzung auszukoppeln.

Diskutiert wurde im Rahmen unseres Besuches auch über das Vorhaben von enercity, in Misburg eine weitere Müllverbrennungsanlage zu errichten – ein Thema, das wir in den nächsten Monaten weiterhin genau betrachten werden.

Blick auf die Müllverbrennungsanlage von EEW in Lahe, im Hintergrund Anlagen und Deponie des Abfallwirtschaftsbetriebes aha.

© EEW/Energy from Waste.



Eine Stadt für alle.

Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion; Logo Titelseite © DGB

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

